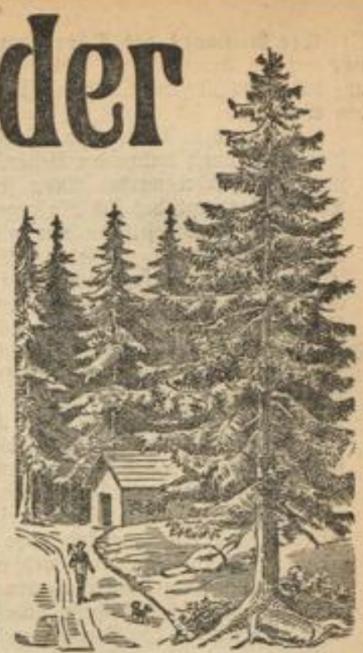


# Der Freie Schwarzwälder

## Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Erscheint  
an allen Werktagen.  
Abonnement  
in der Stadt vierteljährl. M. 1.20  
monatl. 40 Pf.  
bei allen württ. Postanstalten  
und Boten im Orts- u. Nach-  
barortsverkehr viertelj. M. 1.  
ausserhalb desselben M. 1.  
hieszu Bestellgeld 30 Pfg.  
Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.  
Verfündigungsblatt  
der Kgl. Forstämter Wildbad, Meistern,  
Enzklösterle u.  
mit  
amtlicher Fremdenliste.

Inserate nur 8 Pfg.  
Auswärtige 10 Pfg. die klein-  
spaltige Garmondzeile.  
Reklamen 15 Pfg. die  
Petitzelle.  
Bei Wiederholungen entspr.  
Rabatt.  
Abonnements  
nach Uebereinkunft  
Telegramm-Adresse:  
Schwarzwäl' er Wildbad.

Nr. 259.

Samstag, den 4. November

1905.

### Der Reichstag.

In wenigen Wochen, am 28. November, wird der Reichstag seine Verhandlungen wieder aufnehmen. Er steht vor einer sehr wichtigen Session, deren Bedeutung auch darin einen äußeren Ausdruck finden wird, daß der Kaiser persönlich die Eröffnung vollziehen und wahrscheinlich eine bedeutungsvolle Thronrede halten wird.

Das Arbeitsprogramm des Reichsparlamentes ist diesmal so umfangreich wie nur möglich. An der Spitze der angekündigten Reformen figurieren die Reichsfinanzreform, oder wie man wohl richtiger sagt, das neue Steuerbouquet, das die Regierung der Volksvertretung präsentiert. Welcher Art die Steuern sein sollen, ist ja bekannt geworden, aber über ihre Höhe und die voraussichtlichen Erträgnisse fehlt bisher noch jede nähere Andeutung. Da ohne neue Steuern das Reich aus seiner Finanzmisere nicht herauskommen kann, so werden die Volksvertreter wohl in den sauren Apfel beißen müssen, am leichtesten wird ihnen dies wohl bei der Reichserbschaftsteuer fallen, die wenigstens nicht in dem Maße die schwachen Schultern belasten würde wie eine Besteuerung des Biers und des Tabaks.

Für den Kolonialetat hat der Aufstand in Ostafrika neue Geldforderungen im Gefolge. Eine Erhöhung der Zahl der Schutztruppen in Ostafrika wird als dringend notwendig bezeichnet. Dazu fördern die Kolonialenthusiasten immer neue Eisenbahnprojekte zu Tage. So wird die Kolonialpolitik weit über die bisherige Annahme immer kostspieliger, während ein Vorteil aus dem Besitz der Kolonien nicht entfernt in Aussicht steht. Was die Bekämpfung der Derosos und Hottentotten noch an weiteren Opfern verschlingt, ist noch gar nicht abzusehen.

Der Militäretat wird nach dem Ergebnis der letzten Session kaum noch größere Forderungen bringen, im Gegenteil bedeutet die angekündigte Zurückziehung der ostasiatischen Besatzungsbrigade eine Ersparnis von jährlich 11 1/2 Millionen. Allerdings munkelt man jetzt in Berliner Kreisen von einer neuzubildenden Kolonialarmee, die aus den ostasiatischen Truppen formiert werden soll. Ein solcher Plan würde aber im Reichstag auf heftigen Widerstand stoßen.

Sehr lebhaft erörtert werden sich voraussichtlich an den Marineetat knüpfen. Sicher ist eine Erhöhung des Displacementes der Linienschiffe in Aussicht genommen. Unsere größten Schiffe haben eine Wasserdrängung von 13 200 Tonnen, während im neuen englischen und französischen Flottenprogramm Kolosse bis zu 19 000 Tonnen vorgezogen sind. Dieses Wettrennen in der Größe der Schiffe will nun die deutsche Marineverwaltung auch mitmachen, die Kosten dafür werden sehr erheblich sein. Auch die Auslandsschiffe sollen, wie ver-

lautet, vermehrt werden. Wir sind ja jetzt schon so weit, daß die Flottenenthusiasten verlangen, die deutsche Flotte müsse der englischen gleichwertig sein trotz der viel beschränkteren Aufgaben, welche an die deutsche Wehrkraft zur See nach Maßgabe unserer geographischen Lage, der Beschaffenheit unserer Küsten und des geringfügigen Wertes unserer Kolonien gestellt werden können.

Es kommen für die neue Session auch noch Gesetzesentwürfe von volkswirtschaftlicher Bedeutung in Frage. Dahin sind zu zählen das Gesetz über den privaten Versicherungsvertrag, den Schutz der Werke der bildenden Künste und als Resümee aus der früheren Session die Novellen zur Maß- und Gewichtsordnung, zum Börsengesetz und zum Wärfensteuergesetz und anderes. Bei allen solchen Vorlagen sind die Kommissionsberatungen maßgebend. Bei dieser Zusammenstellung des Verhandlungsmaterials für den Reichstag sind noch Initiativanträge und Interpellationen aus dem Reichstag nicht in Rechnung gestellt. Wenn auch nur der Etat in Verbindung damit bis Ostern zur Feststellung gelangen soll, wird es sehr geschickter Dispositionen in der Geschäftsleitung bedürfen.

Schließlich sei noch eines Vorschlags gedacht, den ein Zentrumsorgan, die „Schlesische Volkszeitung“, in allem Ernst aufstellt. Da der ewig wiederkehrenden Forderung nach Diäten oder Anwesenheitsgeldern angeblich ein „sic volo, sic jubeo“ (so will ich, so befehle ich) entgegensteht, so sollte man den Willen der Mehrheit diesmal mit Nachdruck zur Geltung bringen. Der Vorschlag des Zentrumsblattes, sich auf keinerlei Verhandlungen über die Steuerentwürfe einzulassen, bevor Diäten zugesichert sind, ist wohl diskutabel. Ein Mehrheitsbeschluß, jede vorherige Erwägung von Steuerentwürfen auszusetzen, würde sofort durch Zusammenwirken der Linken mit dem Zentrum zustande kommen, wenn das letztere die Ausführungen der „Germania“ und der „Schles. Volksztg.“ für die Gewährung von Diäten ernst nehmen wollte. Anderenfalls wird alsbald nach Neujahr die Beschlussunfähigkeit des Reichstags überall der Abwicklung seiner Geschäfte sich hinderlich erweisen.

### Zurdschau.

**Die Wahlen für die badische erste Kammer.**  
Der Fr. Ztg. wird aus Baden geschrieben: Es scheint, daß im Kampfgetöse der jetzt beendeten Wahlen zur Zweiten Kammer die Tatsache nicht genügend Beachtung gefunden hat, daß dieser Tage infolge der Verfassungsänderung auch für die Erste Kammer Wahlen zu vollziehen sind. Den bisherigen entweder vom Großherzog oder von Geburt berufenen Vertretern dieses Teils der Landstände

werden nun zum ersten Mal Kollegen zugesellt, die aus direkten Wahlen der Grundbesitzer, der Professoren der drei Hochschulen, der Berufskörperschaften (Handelskammern, Landwirtschaftskammer und Handwerkerkammer) sowie der Städte- und Kreisvertretungen hervorgehen. Obgleich an der Legislative nicht unmittelbar beteiligt, ist es klar, daß diese Abgeordneten als weitere Vertrauensmänner der Regierung einen großen Einfluß auf deren Maßnahmen und Entschlüsse ausüben vermögen, und daß es daher nicht gleichgültig ist, welchen Standpunkt diese Männer in der für Baden so hochwichtigen Eisenbahnfrage einnehmen. Die Angelegenheit der Betriebsmittelgemeinschaft und der sehr zu Unrecht damit verquideten beabsichtigten Personentarifreform mit ihren für uns so schädlichen Folgen scheint zwar momentan von der Tagesordnung abgesetzt zu sein, wird aber ohne Zweifel früh genug wieder auftauchen. Es dürfte daher nützlich sein, wenn namentlich diejenigen Wahlkörper, die mit Handel und Gewerbe verknüpft sind, sich ihre Kandidaten vorher nach dieser Seite hin etwas anschauen und ihnen die wohl unterschiedslos vom ganzen Lande gewünschte Direktive mitgeben: „Keine Betriebsmittelgemeinschaft um den Preis der Verteuerung der Personentarife!“ Die Zweite Kammer hat auf Eisenbahntariffragen keinen direkten Einfluß, weil das Eisenbahnbudget unabhängig vom Staatsbudget ist. Umso mehr ist es Pflicht der Ersten Kammer, darüber zu wachen, daß die Errungenschaften, die wir auf diesem Gebiet vor anderen Staaten und namentlich vor Preußen voraushaben, nicht angetastet werden. Durch eine Betriebsmittelgemeinschaft, selbst ohne die von Preußen angestrebte Personentarifreform, begibt sich Baden des Rechts auf gewisse Entschlüsse, da es sich in den einschlägigen Fragen wohl oder übel dem Stärkeren unterordnen muß. Es hätte dies nun nichts auf sich, wenn die preussische Eisenbahnpolitik nicht ebenso fiskalisch wäre, als die unsere volkswirtschaftlich ist, mit anderen Worten, wenn das Volk Preußens nicht in allen Stücken dahin ginge, eine möglichst hohe Verzinsung um jeden Preis herauszuschlagen, während die unserige, ohne Rücksicht auf hohes Erträgnis, in erster Linie den Bedürfnissen von Handel und Verkehr entgegenzukommen bemüht ist. Es wird daher eine erste Pflicht der neuen Abgeordneten sein, zu prüfen, ob die Vorteile der in Frage stehenden Betriebsmittelgemeinschaft auch ohne Personentarifreform derartige sind, daß sie die Aufgabe unserer bisherigen Selbständigkeit rechtfertigen.

Die Zuschrift enthält dieselben Bedenken, die auch von württembergischer Seite gegen einen allzu engen Anschluß an Preußen geltend gemacht wurden.

### Der Falschmünzer.

Roman von Alexander Wilbrandt. 46

Aber noch kann und darf ich nichts sagen, so lange Bianca lebt, indessen habe ich Tom die feste Versicherung gegeben, wenn Bianca jemals eine Gewalttat gegen sie ausüben sollte, daß dann jede Rücksicht schwinden wird. Der Alte schweig bei diesen Worten, er erblickte und senkte den Blick. „Genug!“ sagte er endlich, der Tag geht zu Ende, Sie müssen jetzt zurückkehren.

O, wie beneide ich Sie. Sie werden meine Bianca sehen! Erzählen Sie dem Kinde alles, sagen Sie ihm, wie sehr ich Euch liebe und Euch beide segnen werde.“

Albert verneigte sich, er ergriff die Hand des Unglücklichen und drückte sie innig, darauf trat er aus der Tür. Es war in der Tat schon ziemlich spät, und er sah wohl, wenn seine Abwesenheit nicht auffallen sollte, daß er sich beeilen mußte, die Gesellschaft so bald wie möglich zu erreichen.

Er hatte gehofft, Tom unterwegs zu begegnen, um mit ihm noch die wichtigsten Maßregeln zu besprechen. Allein Tom erschien nicht.

Es blieb ihm daher nichts anderes übrig, als seinem Vater von allem die genauesten Mitteilungen zu machen, was er soeben erfahren hatte. In Hinsicht Helens schienens Ferkens Befürchtungen ihm nichtig oder wenigstens übertrieben zu sein; doch wollte er Johanna bitten, das arme Mädchen besonders zu überwachen, bis jede Gefahr verschwunden war.

Während er sich so in Gedanken vertiefte dem Schlosse näherte, wurde er bald gewahrt, daß dort eine ungewöhnliche Bewegung und Aufregung herrschte. Es begegnete ihm in größter Eile ein ängstlich aussehender Diener, der zu Pferde in vollem Trab nach Merlac eilte.

„Wohin so rasch, Johann?“ rief Albert verwundert.  
„Nach Merlac zum Arzte.“  
„Ist im Schlosse etwas vorgefallen?“  
„Weiber ja, ein großes Unglück.“  
Bei diesen Worten verschwand der Diener.

Wie haben schon mitgeteilt, in welcher frohlicher Stimmung die Jagdgesellschaft bei dem herrlichsten Wetter das Schloß verlassen hatte. Unter den verschiedenen Jagdwagen befand sich

auch ein Omnibus, in welchem Bourfaul Platz genommen hatte; neben ihm saß Ribert und ein Gutsbesitzer aus der Umgegend. Die Gesellschaft war sehr zahlreich; man mußte sich in Hinsicht des Platzes so viel wie möglich zu behelfen suchen.

Ribert hatte sich eine herrliche Meerichampfe angeeignet und suchte die Gesellschaft durch Erzählung lustiger Anekdoten und Abenteuer zu unterhalten, die selbst den ernst und finstern aussehenden Landbesitzer zu ergötzen schienen. Dann und wann hielt der Wagen an, damit ein jeder der Gäste seinen von Bourfaul angewiesenen Posten einnehmen konnte.

Endlich blieb nur noch Ribert, der Edelmann und der spende Gastgeber. Der Raum war nun nicht mehr beschränkt, und in aller Bequemlichkeit konnten besagte drei Herren den letzten Posten erreichen.

„Endlich!“ sagte Ribert, indem er die Beine ausstreckte, „atmen wir freier. Obgleich ich nicht zu denen gehöre, die nur immer die Bequemlichkeit aufsuchen, so mag ich doch nicht gar zu sehr beengt sein. Apropos, mein lieber Herr Bourfaul, ich hoffe, Sie werden Ihrem Versprechen nachkommen und mir einen guten Platz antweisen.“

„Gewiß!“ sagte Bourfaul, „bald werden wir die wildeste Partie unserer Fahrt erreichen, sie bildet eine Schlucht. In dem Eingange derselben kann sich dieser Herr postieren, und wir dringen, wenn es Ihnen beliebt, mehr in das Dickicht, das Wild wird uns dort nicht so leicht entgehen können, ich werde hinter Ihnen bleiben; sollten Sie schreien, so wird mir die Beute noch in die Hände fallen.“

Nach einer Viertelstunde hielt endlich der Wagen zum letztenmal an. Die Herren stiegen aus und nach einigen Schritten hatten sie die besagte Schlucht erreicht, an deren Eingang Herr von Rocciaguzzo, der Landbesitzer, seinen Posten fand.

„In der Tat,“ sagte Ribert zu seinem Wirte, indem sie weiter vordrangen, „ich habe selten etwas Wilderes und Romanischeres gesehen als diese Waldpartie, ich bin Ihnen sehr dankbar, einen besseren Platz konnten Sie mir nicht antweisen. Wie nennt man diese Schlucht?“

„Die Wolfschlucht!“  
Diese Benennung entsprach der Dertlichkeit vollkommen. Sie glich einem Erdbeule, aus dem kolossale Felsmassen in wunderbaren Formen hervorragten, die wahrscheinlich durch

eine vulkanische Eruption vor vielen tausend Jahren gebildet waren. Der Boden selbst zeigte noch Spuren hiervon; denn tiefe Spalten und Sümpfe, die mit Flechten, Farren und Schlinggewächsen überwachsen waren, zeigten sich fast bei jedem Schritte, kein Sonnenstrahl konnte hineindringen, Totenstille herrschte überall.

„Bei Gott!“ rief Ribert, „diesen Weg hier möchte ich bei Nacht nicht gehen.“

„Auch ich nicht,“ antwortete Bourfaul, „obwohl ich hier jeden Schritt und Tritt kenne. Der Jäger muß indessen die Beute suchen, wo er sie am leichtesten zu finden hofft, folgen Sie mir wohlgenut; in einigen Minuten werden wir den geeigneten Posten erreicht haben.“

So weiter gehend, konnte Ribert sich indessen eines Gedankens nicht erwehren, der im Augenblicke, als er in ihm auftauchte, sein Blut fast erstarren ließ. Er wurde gewahrt, daß er sich in dieser schrecklichen Einside in den Händen eines Menschen befand, der ihn auf der ganzen Fahrt mit fast unnatürlicher Aufmerksamkeit überhäut hatte. Er sagte sich, daß Bourfaul ihn vielleicht absichtlich hierhergeführt habe, um sich eines Gastes zu entledigen, der, obgleich er noch keine überführende Beweise liefern konnte, ihm doch nach den verschiedenen Begegnissen sehr gefährlich erscheinen mußte. Unwillkürlich blieb er stehen, um sein Gewehr zu laden.

Bourfaul, der ihn beobachtete, sagte lächelnd: „Wie, Sie laden schon? Der Wolf wird sobald nicht erscheinen.“

„Nun, was geschehen ist, ist geschehen, wir Pariser sind immer vorbereitet.“ So sprechend, fuhr er fort, das Gewehr zu laden, er wurde erst ruhiger, als jeder Lauf mit einer Kugel versehen war.

Sie hatten nun ihr Ziel erreicht, von welchem sie die Schlucht größtenteils übersehen konnten. Die Umgegend war in der Tat großartig.

Bourfaul setzte sich neben Ribert, er knüpfte ein so vertrauliches Gespräch an, daß in Ribert nach Verlauf einer halben Stunde jede Befürchtung verschwand; andererseits verheuchelte die Jagd jede Besorgnis. Das Getümmel näherte sich mehr und mehr, das Herbeispringen der berittenen Treiber, das Knallen der Schüsse, das Beilen der Hunde verklärten ihnen, daß das Wild aufgeschreckt sein mußte. 126,20

**Die Antwort des Oberbürgermeisters Kirchner** auf die Ausführungen Bülow's über die Fleischsteuerung beim Empfang der Städtetag-Deputation hatte folgenden Wortlaut:

Keiner der Anwesenden werde eine Maßregel befürworten, durch welche der Bestand des deutschen Viehstandes gefährdet werde. Man sei aber in städtischen Kreisen überzeugt, daß sich Maßregeln treffen lassen, welche den Viehstand besitzend oder mildern, ohne den deutschen Viehstand zu gefährden. Eine solche Maßregel sei die Einfuhr von fremdem Vieh in Schlachthäusern an der Grenze, wie sie in Oberschlesien tatsächlich ohne jede Gefahr statfinde. Es werde in städtischen Kreisen nicht verstanden, daß diese Einfuhr nicht einmal in einer Ausdehnung gestattet werde, wie sie am 1. März 1906 vertragmäßig stattfinden werde. Daß die Fleischpreise der Nachbarländer nicht niedriger seien, als die des benachbarten Inlandes, treffe vielleicht für Oesterreich zu; für alle anderen Nachbarländer nicht. Aber selbst wenn die Ausschließung der Grenze keine Preisermäßigung zur Folge hätte, sollte dieser Versuch dennoch gemacht werden, denn eine unabänderliche Last ließe sich eher ertragen, als ein Notstand, von welchem man annehme, daß er abgestellt oder gemindert werden könne, zu dessen Beseitigung aber nichts geschehe. Daß der Zwischenhandel und die Fleischer die Preise ungebührlich steigern, könne vielleicht in einzelnen Fällen zutreffen, im großen und ganzen sei das aber nach wirtschaftlichen Gesetzen ganz ausgeschlossen. Die Ermittlungen ergeben auch, daß die Fleischpreise im Einzelverkauf im wesentlichen genau mit den Preisen des Viehes Schritt hielten. Unter Hinweis auf die Preissteigerung in Berlin im Vergleich zu den Preisen der Vorjahre und auf die Differenz der Preise in Berlin im Vergleich zu den Preisen in den anderen europäischen Hauptstädten (die im einzelnen dargelegt wurden) würde um Maßregeln zur Abstellung des vorhandenen Notstandes gebeten.

Die Antwort hat das gute, daß sie den Zwischenhandel und die Metzger gegen die erhobenen Vorwürfe in Schutz nimmt und zugleich einen Weg angibt, wie dem Notstand ohne Gefährdung des deutschen Viehbestandes gesteuert werden kann.

**Die Krise im „Vorwärts“.** In der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ erwidern die ausgeschiedenen sechs „Vorwärts“-Redakteure auf die „Denkschrift“ des Parteivorstandes. Sie sagen, daß dieses Schriftstück „die Autorität der für den Konflikt und seine literarische Bearbeitung verantwortlichen Mitglieder des Vorstandes vernichten muß.“

Die Duplik weist gegenüber der Behauptung der Vorstands-Denkschrift, der „Vorwärts“ habe die prinzipielle Aufklärung höchst mangelhaft betrieben und hin- und hergeschwankt, darauf hin, daß im Januar d. J., als dieselben Vorwürfe gegen den „Vorwärts“ von der „Leipziger Volkszeitung“ erhoben wurden, derselbe Parteivorstand und dieselbe Preßkommission eben jene Vorwürfe in einer Erklärung energisch zurückgewiesen haben! „Aus dieser Tatsache erhellt schon allein, daß die Vorwürfe der schwankenden Haltung, die gegen uns erhoben werden, nur eine Spiegelung der eigenen Verfassung sind.“

In Wirklichkeit hat die Mehrheit der Redakteure ohne jedes Schwanken mit der Unverbesserlichkeit, die ihr die Denkschrift vorwirft, mit jenem „Selbstbewußtsein“ — eine Anklage, die so unglaublich klingt aus dem Munde kämpfender Sozialdemokraten! — seit Jahren den Vorwärts einheitlich geführt. Wir haben nicht den Fickacklurs mitgemacht, den das persönliche Regiment neuerdings auch bei uns veranlaßt hat, wir waren nicht die willfährigen Kreaturen für jede Stimmung und Laune einiger führender und schreibender Parteigenossen. Darum wurden vor gewissen Freunden unangenehm: nicht weil wir mitgeschwankten wie sie selbst, sondern weil wir aufrecht standen, den geraden Weg gingen. Läßt sich denn ein unverständlicheres Schwanken erdenken, als zwischen jenem Protest der Aufsichtsinstanzen vom Januar dieses Jahres und der jetzigen Denkschrift?! Alles ist dort schwankend, alles Widerspruch und Unklarheit, alles prinzipielle Bewirren!

Schließlich wird ein amüsanter Analogon zum Zwischenfall Strobel in Jena mitgeteilt:

Es war vor dem Parteitag in Hannover, als der „Vorwärts“ über den beginnenden Berufsstreik einen ruhigen und besonnen abwägenden Leitartikel brachte, der die aufgeregten „Parteiretter“ höchlichst ärgerte. Es war die Genossin Luxemburg, die bereits damals auf Grund dieses Artikels entdedte, daß die Vorwärtsredakteure samt und sonders — damals war die Gruppe der ökonomisch-historischen Meisterschaft noch nicht erfinden — Leute ohne Talent, Vergangenheit und Charakter seien, die mit eisernem Wesen auszufahren unser Chefredakteur Liebknecht dringend ersucht wurde. Liebknecht setzte sich aber hin und schrieb das grobe Wort von den Kapitolswächterinnen nieder; er hatte den Artikel, um deswillen er den eisernen Wesen nehmen sollte, selber geschrieben. Die gleiche Erfahrung machten wir im Laufe der Jahre des öfteren. Die verheerende Epidemie fraß um sich, die Anschauung nicht mehr darnach zu beurteilen, was sie in sich bedeutet, sondern nach dem vermuteten Urheber. Da aber auch die prinzipiellste Festigkeit und die schönsten Marzitate nicht vor elementaren Reinfällen schützen, so konnten wir von den fröhlichen Tagen der Kapitolswächterinnen bis zur Jenenser Kommission immer wieder derselben großen Mißverständnisse genießen, deren ernste Rehrseite allerdings war, daß jede Parteipolemik vergiftet wurde. Wegen dieser Verwüstung Jahre hindurch gekämpft zu haben, trotz aller Widerwärtigkeiten, rechnen wir uns als Verdienst an.

In einem zweiten Artikel werden die sechs Redakteure auf die „Prinzipien des Verfahrens“ eingehen, auf die „Politik des Schweiggebots“, die als fundamentale Aenderung in unserer Partei eingeführt worden ist.“

**Die Gährung im Ruhrrevier.** Die Siebennerkommission beschloß in einer vierstündigen Besprech-

ung eine Eingabe an den Handelsminister, worin auf einige Ungeseglichkeiten in der vom Bergbauverein empfohlenen Normalarbeitsordnung für die Ruhrzechen aufmerksam gemacht und gebeten wird, die Bergbehörden anzuweisen, die Arbeitsordnung nur nach Ausmerzung der Befehlsgehungen zu genehmigen. Gleichzeitig wird der Minister um Interpretation des § 930 und d der Novelle gebeten. In einer weiteren Eingabe wird der Reichskanzler gebeten, Maßnahmen gegen die Zehensperre zu ergreifen. Sodann beschloß die Siebennerkommission einen Aufruf an die Bergarbeiter, worin diese aufgefordert werden, die neue Arbeitsordnung nicht anzuerkennen, bevor die von den Verbänden aufgestellten Forderungen erfüllt sind. Eventuell soll eine Revierkonferenz einberufen werden.

**Republik oder Monarchie?** In Norwegen besteht durchaus noch keine volle Einigkeit über die zukünftige Staatsform des Landes. In Christiania wurde ein Aufruf an das norwegische Volk zu Gunsten einer Republik erlassen, der 200 Unterschriften trug; unter diesen befanden sich die Unterschriften des ehemaligen Finanzministers Gunnar Knudsen, des Stortingabgeordneten Konow und des Obersten Stang. Die norwegische Regierung hat eine von allen Mitgliedern der Regierung unterzeichnete Proklamation an das norwegische Volk ausgesandt, in der sie dringend das Volk auffordert, sich dem Standpunkte des Stortings und der Regierung anzuschließen.

### Tages-Chronik.

**Berlin, 2. Nov.** Für die Einberufung des Deutschen Städtetags anlässlich der Fleischnot ist vorläufig der 27. November in Aussicht genommen.

**Berlin, 2. Nov.** Wie zuverlässig verlautet, wird das Displacement der durch den Marineetat für 1906 zu fordernden Linienschiffe und Panzerkreuzer so groß und die Armierung so stark sein, daß diese Schiffe den neuesten Projekten anderer Staaten gleichkommen.

**Berlin, 3. Nov.** Wie der Lok.-Anz. erfährt, enthält die neue Tabaksteuer eine starke inländische Steuer auf Zigarettenpapier.

**Berlin, 3. Nov.** Zur Reichsfinanzreform teilt die Köln. Ztg. mit, daß eine Erhöhung der Börsensteuer nicht in Aussicht genommen sei, wohl aber die Erhebung einer Quittungssteuer.

**Königsberg, 3. Nov.** Die Reichstagsersatzwahl in Pr.-Holland-Mehrungen (Ersatzwahl für den Grafen zu Dohna-Schlodien) hatte bis gestern Abend 10 Uhr folgendes Ergebnis: Rittergutsbesitzer Meer-Gergehen (kons.) 3508, Braun-Königsberg (Soz.) 117, Hermann-Allenstein (frs.) 113 und Krebs-Viehstadt (Ztr.) 18 Stimmen. Von 18 Bezirken fehlen noch Meldungen. Die Wahl des Konservativen ist gesichert.

**Magdeburg, 2. Nov.** Wegen der Stellungnahme des hiesigen sozialdemokratischen Parteiblattes „Volkstimme“ zu dem Vorgehen des sozialdemokratischen Parteivorstandes gegen die sechs Vorwärts-Redakteure droht ein ernster Konflikt auszubrechen. Der hiesige sozialdemokratische Vereinsvorsitzende erklärte, daß eine Stellungnahme der Partelleitung in Berlin baldmöglichst erfolgen werde. Die „Volkstimme“ nimmt energisch Stellung gegen die Partelleitung.

**Heidelberg, 2. Nov.** Vertreter des Freidenkertums aus Baden-Baden, Frankfurt a. M., Colmar, Heidelberg, Mannheim, Reg. Straßburg und Wiesbaden beschlossen in einer heute in Heidelberg stattgehabten Tagung die Gründung eines Verbandes südwestdeutscher Freidenkervereinigungen.

**Wien, 3. Nov.** Nach den gestrigen Kundgebungen für das allgemeine Wahlrecht kam es in der Badenberger Straße zu heftigen Zusammenstößen mit der Polizei, die blank zog und die Menge zurückdrängte. Dabei wurden viele Personen verwundet. Die freiwillige Rettungsgesellschaft behandelte in der Nacht 43 Personen, 11 wurden in das Krankenhaus geschafft.

**Tokio, 2. Nov.** Nach einer telegraphischen Meldung verfügte eine kaiserliche Verordnung vom 1. November die Freigabe der nach dem 5. September japanischerseits beschlagnahmten Handelschiffe.

In Hahmersheim (Baden) hantierte ein 14-jähriger Knabe mit einem geladenen Flober. Der Schuß ging los und traf ein 11-jähriges Mädchen tödlich.

Einem deutschen Kaufmann namens Hermann Wolff wurden in Paris im Gedränge auf dem Boulevard des Italiens 8000 Francs gestohlen, die er eben im Credit Lyonnais erhoben hatte.

In Forzheim erhängte sich gestern im Amtsgängnis ein Wilderhändler Mr. Weiß aus Wien. Weiß war in Stuttgart festgenommen worden, weil er hier eine Kopie von Venbachs Bismarck-Bildnis für 300 Mk. als Original verkauft hatte.

Einem Giftmord ist man in Hamburg bei Ruhrort auf die Spur gekommen. Vor einiger Zeit starb unter verdächtigen Umständen die Frau eines Bergmannes. Nachdem der Mann nach einigen Tagen die Lebensversicherungsgelder in Höhe von 1000 Mark sowie das Sterbegeld der Witwe — 200 Mark — entgegengenommen hatte, verschwand er plötzlich mit einer Begabte aus Neumühl, die eine größere Geldsumme mitnahm und ihre Familie verließ. Beide gingen nach Amerika, wo sie, wie aus eingetroffenen Briefen hervorging, bald in große Not gerieten. Mittlerweile tauchte immer stärker werdend das Gerücht auf, die Frau sei vergiftet worden. Die Staatsanwaltschaft ließ die Leiche ausgraben und obduzieren und es stellte sich in der Tat heraus, daß die Frau durch eine Arsenikvergiftung gestorben war. Die Staatsanwaltschaft hat die Festnahme und Auslieferung der Schuldigen bei der amerikanischen Regierung beantragt.

Ein großer Juwelendiebstahl wurde in der vorletzten Nacht in dem Juwelengeschäft von Dux in der Georgstraße in Hannover ausgeführt. Die Diebe haben Juwelen und Goldsachen im Werte von etwa 40 000 Mark mitgenommen. Von den Dieben fehlt bis jetzt jede Spur. Auf dem Gut Boddin bei Gnoien (Mecklenburg)

sind in einem Schmitterkathen drei Schmitter verbrannt. Ein Vorschmitter wurde als Brandstifter verhaftet.

Ein Einwohner in Bentwisch-Oberndorf bei Lübeck erhängte sich kurz vor seinem 100. Geburtstag, um ihn nicht zu erleben.

In einer Unterredung mit einem Berichterstatter des Blattes „Croix Belge“ erklärte der Antwerpener Schöffe Desguin, die an Bord des aus Chile mit sechs Kranken und einem Toten eingetroffenen deutschen Schiffes „Andine“ herrschende Krankheit sei Pest.

In der Kirche in Chemange im Departement Mayenne stürzte während der Messe ein Teil des Deckengewölbes des Chores ein. Die Sänger, sowie mehrere andere auf dem Chor befindliche Personen wurden schwer verletzt. Die Menge flüchtete entsetzt aus der Kirche.

### Die Anruhen in Russland.

Die Lage nach dem Manifest.

Die Nachrichten aus den größeren Städten im Innern Russlands lassen erkennen, daß der Eindruck des Manifests kein allzu tiefer war. Blutige Kämpfe haben wieder an vielen Orten in Kasan, Kiew, Odesa stattgefunden, in Südrussland richtet sich wieder einmal eine Bewegung gegen die Juden. Sehr selbstbewußt tritt die Revolution in Finland auf. In Helsingfors wurde der Generalgouverneur von einer Deputation aufgefordert, sein Amt niederzulegen. Er antwortete, er könne als Soldat dies nicht ohne die Genehmigung des Monarchen tun, er verpflichtete sich aber, beim Kaiser sofort sein Entlassungsgeuch einzureichen. In allen Städten Finlands werden zur Aufrechterhaltung der Ordnung Bürgergarden organisiert. Die Stimmung des Volkes ist sehr gehoben. An dem hiesigen Senatsgebäude und an zahlreichen anderen Gebäuden wurden von den Ausständigen die Wappen Finlands angebracht. Die Lebensmittelpreise sind auf das Doppelte gestiegen. Die telegraphische Verbindung mit Tammersfors, Wiborg und Abo ist von den Ausständigen unterbrochen.

In Sosnowice an der deutschen Grenze haben die Sozialdemokraten einen ihnen unbecommenen Polizeihauptmann einfach verhaftet und solange festgehalten, bis ein aufrührerisches Manifest gedruckt und verteilt war. Die Schwarze-Flotte ist am 1. vollzählig nach Sebastopol zurückgekehrt. Die Gerüchte von einer Meuterei sind also unwahr.

In Wjasna (Gouv. Smolensk) wurde das ganze Judenviertel zerstört und geplündert. Der Generalgouverneur von Kiew, Reigels, wurde seines Postens enthoben unter Belassung in der Stellung als Generaladjutant. Sein Nachfolger ist der Kommandierende des Kiewschen Militärbezirks, General Suchomlinow, der daneben seinen bisherigen Posten beibehält.

Großfürst Alexander Michailowitsch ist seiner Stellung als Präsident der Verwaltung der Handelsmarine enthoben worden.

Die letzten Telegramme melden aus vielen Städten mehr oder weniger ernste Unruhestörungen. Mehrfach schritt das Militär ein, wobei es Tote und Verwundete gab, z. B. in Kasuga, Twer, Minsk, Baku, Sebastopol. In einigen Städten wie Odesa gab es Judenhehen, an denen sich verkleidete Polizeibeamte beteiligten, dabei gab es Plünderungen und Inbrandsetzung jüdischer Läden. In Saratow wurde die Synagoge angezündet.

Die Lage in Petersburg.

Aus Petersburg wird vom 2. gemeldet: Das Streikomitee beschloß für morgen mittag die Beendigung des Ausstands. Heute erscheint ein Regierungskommunique, in welchem die Regierung an den ordnungsliebenden Teil des russischen Volkes appelliert und die Hoffnung ausspricht, daß die Gesellschaft die Regierung bei der Einführung der neuen Staatsordnung unterstützen werde, welche längere Zeit erfordere und nur nach Wiederherstellung der Ordnung möglich sei. Ferner wird in dem Kommunique ausgesprochen, daß gewisse Elemente versuchen, das Vertrauen zu der Regierung zu untergraben, um Volksunruhen hervorzurufen. Falls jedoch die Mehrheit des Volkes der Regierung zu Hilfe komme, werde eine sofortige Besserung der Zustände eintreten; im anderen Falle übernehme die Regierung keine Verantwortlichkeit für etwaige schlimme Folgen, und die Ausführung der bevorstehenden Aufgaben würde weniger schnell erfolgen als es wünschenswert sei.

Aussichtslose Forderungen.

Aus Paris meldet man der Voss. Ztg.: Die hiesigen russischen Umsturzverbindungen erhielten vom russischen Zentralkomitee die Mitteilung, daß es eine grundgesetzgebende Versammlung verlange, welche die Abdankung des Zaren, die Verteilung des Landes an die Bauern und die sofortige politische Amnestie fordern werde.

### Aus Württemberg.

**Die Taktik des Bundes der Landwirte bei den Gemeindevahlen.** Das Organ des Bundes der Landwirte enthält einen Artikel über die Taktik des Bundes der Landwirte bei den kommenden Gemeindevahlen, worin es u. a. heißt: Unsere Ortsvereine vom Bund der Landwirte haben auch auf dem Gebiet der Gemeindevahlen ihre Aufgaben. Gerade so wie sich die Sozialdemokraten bemühen, ihre Vertreter auf dem Rathaus zu haben, so muß auch der Bauernbund darauf aus sein, daß im Gemeinderat und Bürgerausschuß seine Leute sitzen und daß die Interessen der Landwirtschaft gewahrt werden. In einer Reihe von Gemeinden werden die Wahlen von den Parteien gemacht. Die Vereinigung der Landwirte kann es erzwingen, daß die Parteien Rücksicht nehmen und auch unsere Mitglieder auf ihren Zettel nehmen. Geschieht dies nicht, so empfiehlt sich eben ein selbständiges Vorgehen, wenn auch nicht sofort und jedesmal ein Erfolg errungen wird, so muß doch stets mit uns gerechnet werden. Wenn es sich um Vereinbarungen mit anderen Parteien handelt, so ist größte Vorsicht geboten. Im allgemeinen muß unsere Richtschnur die sein, daß wir uns auf denselben Standpunkt stellen, auf dem unsere Gegner stehen. Haben z. B. die Sozialdemokraten